

## Beschluss (vorläufig) 1. Gutes Klima – Saubere Energie

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein  
Beschlussdatum: 06.12.2020  
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 1 Klimaschutz - Energiewende

### Text

1 Das Wissen um die planetaren Grenzen ist die Leitlinie unserer Politik. Wir  
2 überschreiten derzeit global und national die planetaren Belastungsgrenzen in  
3 sieben von neun Bereichen, z.B. der Artenvielfalt, Klimakrise, Phosphat- und  
4 Nitrateintrag sowie Landnutzung. Damit gefährden wir die Stabilität unserer  
5 Ökosysteme und unsere Lebensgrundlage. Dem entschieden zu begegnen, ist die  
6 politische Aufgabe unserer Zeit.

7 Wir sind die letzte Generation, die die Weichen für den Erhalt unserer  
8 Lebensgrundlagen und für echten Klimaschutz stellen kann. Wir müssen jetzt  
9 handeln, damit es in wenigen Jahren nicht zu spät ist. Wir sehen die  
10 Auswirkungen der Klimakrise auch hier in Rheinland-Pfalz: Das Artensterben  
11 beschleunigt sich, wir verlieren vielfältige Biotope und die Wälder sterben.  
12 Immer häufiger erleben wir Unwetter, Starkwindereignisse, Starkregen, Hochwasser  
13 und Dürren. Unsere Wasservorräte gehen zurück, die Landwirtschaft, Tiere und  
14 Forst, der Weinbau sowie die Menschen leiden unter der zunehmenden Zahl an  
15 Hitzetagen und Extremwetterereignissen.

16 Anstatt mutig und konsequent den Klimaschutz anzugehen, verspielt die  
17 Bundesregierung gerade unsere Zukunft. Das Kohleausstiegsgesetz der Großen  
18 Koalition wird viel zu spät Wirkung entfalten und ist viel zu teuer. Die  
19 fossilen Energiekonzerne vergolden dabei ihre dreckigen Kohlekraftwerke. So wird  
20 Deutschland die internationalen Klimaziele nicht erreichen. Wir brauchen  
21 sauberen Strom aus Erneuerbaren Energien, doch statt den Ausbau wirksam  
22 voranzubringen bremst die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise das  
23 Wachstum der Windenergie und der Photovoltaik.

24 Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr  
25 Klimaschutz und streben das Ziel einer sozial-gerechten und klimaneutralen  
26 Gesellschaft bis 2035 an. Zentrale Grundlage für dieses Ziel ist das  
27 Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5 Grad-Limit.  
28 Dafür werden wir ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales  
29 Steuerungselement entwickeln und fortlaufend überprüfen. Mit diesem Fahrplan für  
30 die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen definieren wir konkrete Meilensteine  
31 für Land und Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir sind uns bewusst,  
32 dass unser Bundesland nur mit erheblichen Anstrengungen auf den 1,5 Grad-Pfad  
33 kommen wird. Außerdem schaffen wir dieses Ziel nur mit Rückenwind von der  
34 Bundesebene für die Mobilitäts- und Wärmewende, den Ausbau der Erneuerbaren  
35 Energien, die Landwirtschaft und die Gebäudesanierung.

36 Wir wollen in Rheinland-Pfalz noch mehr erneuerbar erzeugten Strom produzieren  
37 und die Mobilitätswende weiter umsetzen. Im Dialog mit unserer Wirtschaft  
38 treiben wir die ökologische wie ökonomische Transformation voran, um unseren  
39 Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Klimaschonendes  
40 Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die klimaschonende, ökologische

41 Landwirtschaft werden wir weiter stärken. Außerdem brauchen wir Klimaschutz vor  
42 Ort und unterstützen dafür unsere Kommunen und den Bezirksverband Pfalz. Auf  
43 grüne Initiative hat die Landesregierung eine Divestment-Strategie des Landes  
44 für nachhaltige Finanzen verabschiedet. Damit entziehen wir umwelt- und  
45 klimaschädlichen Unternehmen öffentliche Gelder. Wir wollen diese Strategie  
46 erneut überprüfen und dabei das Kriterium "global coal exit list" anwenden.  
47 Damit werden bei den Finanzen des Landes für den Ausbau der Kohleindustrie  
48 verantwortliche Unternehmen konsequent ausgeschlossen.

49 Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und dafür in  
50 den Klimaschutz investieren. Das Landesklimaschutzgesetz wollen wir  
51 weiterentwickeln, um gemäß den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens ein  
52 klimaneutrales Rheinland-Pfalz zu erreichen. Wir möchten, dass der Staat, die  
53 Gemeinden und die Gemeindeverbände bei ihrem Handeln Klimaschutz und das  
54 Nachhaltigkeitsprinzip berücksichtigen, um die Interessen zukünftiger  
55 Generationen zu wahren. Daher wollen wir den Klimaschutz und den  
56 Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Kommunen  
57 müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen. Wir werden  
58 Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit  
59 die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der  
60 Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt  
61 werden. Dabei soll der bestehende Klimabeirat zu einem Klimarat weiterentwickelt  
62 werden, in dem Akteur\*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärker in  
63 Entscheidungen eingebunden werden.

64 Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Herzstück des Klimaschutzes

65 Die Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Voraussetzung für  
66 konsequenten Klimaschutz und damit den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie  
67 Grundlage für den Wohlstand in unserem Land. Der Ausbau der Erneuerbaren  
68 Energien ist zu einem Standortfaktor geworden. Um unsere Klimaschutzziele zu  
69 erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau Erneuerbarer  
70 Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen,  
71 wollen wir die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie mindestens  
72 verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung bis 2030 mindestens verdreifachen.  
73 Damit unterstützen wir die Auftragslage im Handwerk ebenso wie die industrielle  
74 Produktion im Bereich der benötigten Klimaschutztechnologien und schaffen neue,  
75 grüne Arbeitsplätze vor Ort. Erneuerbare sind heute bereits günstiger als  
76 fossile Energieträger. Dieses Potenzial gilt es für den Standort Rheinland-Pfalz  
77 und den Klimaschutz konsequent zu nutzen.

78 Mit einem neuen Energiewende-Plan wollen wir die Sektorenkopplung voranbringen.  
79 Darin überprüfen wir außerdem engmaschig die notwendigen Zubaumenge an Wind- und  
80 Photovoltaik-Leistung, um unseren Strombedarf durch die Transformation bei der  
81 Wärme und Verkehrswende sowie in der Wirtschaft zu berechnen und unser Ziel der  
82 Klimaneutralität zu erreichen. Denn damit Erneuerbare Energien jederzeit  
83 effizient genutzt werden können, müssen verschiedene Sektoren miteinander  
84 intelligent vernetzt werden. So kann beispielsweise überschüssige Energie zur  
85 Erzeugung von Wasserstoff eingesetzt werden, wenn an sonnen- oder windreichen  
86 Tagen mehr Strom produziert als verbraucht wird. Deshalb wollen wir Power-to-X  
87 und die Erzeugung von Grünem Wasserstoff fördern. Digitale Lösungen, wie  
88 künstliche neuronale Netze bieten zudem die Möglichkeit erneuerbaren Strom  
89 intelligent zu lenken und ressourcenschonend einzusetzen. So können Erneuerbare

90 Energien als Basis genutzt werden, um alle Sektoren, Industrie, Mobilität oder  
91 auch Wärme, miteinander zu verbinden und zu dekarbonisieren. Auch im Bereich  
92 Energieeffizienz wollen wir weiter vorankommen, denn jede eingesparte Kilowatt-  
93 Stunde ist die beste Kilowatt-Stunde.

94 Sonnenland Rheinland-Pfalz

95 Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen, um Solarenergie zu  
96 nutzen. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial ausschöpfen und die Energieerzeugung  
97 aus der Sonne deutlich ausbauen. Investitionen in die Solarenergie stärken den  
98 Klimaschutz und schonen den Geldbeutel.

99 Bei Neubauten, Dachsanierungen und neuen Parkplätzen setzen wir daher auf eine  
100 Pflicht für Photovoltaik-Anlagen. Ebenso soll bei umfangreichen Modernisierungen  
101 von Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine  
102 dringenden Gründe dagegen sprechen. Wir wollen den Einzelhandel, die Kommunen  
103 und Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre Parkplätze mit Solarcarports  
104 als Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen.  
105 Mit dem neuen landesweiten Solarkataster sorgen wir dafür, dass das Potenzial  
106 für die Nutzung der Solarenergie aufgezeigt wird. Die Bürgerenergie wollen wir  
107 weiter stärken. Dazu drängen wir auf Bundesebene auf die Umsetzung der  
108 europarechtlichen Vorgaben. Außerdem prüfen wir, wie  
109 Bürgerenergiegenossenschaften in Planungs- und Ausschreibungsverfahren  
110 angemessen berücksichtigt werden können. Denn die Teilhabe an der  
111 Energieversorgung erhöht die Akzeptanz und die lokale Wertschöpfung.

112 Auch auf artenarmen Grünland und ertragsarmen Ackerland wollen wir den Bau von  
113 Solaranlagen naturschutzgerecht erweitern. Bei der Ausweisung geeigneter Flächen  
114 sowie der Entwicklung entsprechender Flächennutzungspläne sollen die Kommunen  
115 beraten und unterstützt werden. Mit zusätzlicher Agro-Photovoltaik lässt sich  
116 die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-PV-Flächen  
117 wird einerseits Solarstrom erzeugt und andererseits können sie weiterhin  
118 landwirtschaftlich genutzt werden. Die Agro-PV-Anlagen schützen zudem die  
119 darunter angebauten Kulturen vor Witterungsschäden. Wir setzen uns dafür ein,  
120 dass die rechtlichen Hemmnisse zur Nutzung der Agro-Photovoltaik auf Bundesebene  
121 aufgehoben werden.

122 Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, das Erneuerbare-Energien-Gesetz  
123 zu überarbeiten und es freundlicher für die Erzeuger\*innen von Erneuerbaren  
124 Energien gestalten. Solaranlagen unter 1 Megawatt installierter Leistung müssen  
125 ohne Ausschreibung errichtet werden dürfen, um somit Planungssicherheit vor  
126 allem für Bürgergesellschaften, Genossenschaften und Kommunen wieder zu  
127 gewährleisten. Das Bundes-Mieterstromgesetz muss nachgebessert werden, um die  
128 Installation von Solaranlagen auf Mietshäusern unbürokratischer zu machen. Wie  
129 im europäischen Recht vorgeschrieben, müssen Abgaben und Umlagen auf selbst  
130 genutzten erneuerbaren Strom gestrichen werden. Auch brauchen wir einen  
131 deutlichen Abbau von Bürokratie bei der Nutzung von Photovoltaik-Anlagen im  
132 privaten wie gewerblichen Bereich. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen,  
133 dass EEG-Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen, ohne übermäßigen  
134 finanziellen und bürokratischen Aufwand auskömmlich weiterbetrieben werden  
135 können. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass das Energiewirtschaftsgesetz  
136 grundlegend überarbeitet wird. Dezentrale Speicherung und Netzausregelung sollen

137 rechtlich ermöglicht und Bürgergenossenschaften und kleine Akteur\*innen wie  
138 europarechtlich geboten gestärkt werden.

139 Frischer Wind für mehr Klimaschutz

140 Einen großen Anteil an den Erneuerbaren Energien macht die Windenergie aus. Sie  
141 ist das Rückgrat der Energiewende. Wir werden alles daransetzen, auch weiterhin  
142 beim Ausbau der Windenergie mit vorne zu bleiben. Die Beteiligung von Kommunen  
143 und Genossenschaften wollen wir stärken, sodass Anwohner\*innen direkt von den  
144 Windkraftanlagen profitieren. Betroffene Kommunen, d.h. nicht nur die jeweilige  
145 Standortkommune, sollen langfristig einen wirtschaftlichen Nutzen haben und  
146 damit neue Gestaltungsspielräume erhalten.

147 Windenergie geht nur mit Artenschutz. Wir wollen die Genehmigungsverfahren  
148 landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen  
149 Naturschutzverbände und Bürger\*innen früh mitsprechen können. Dafür muss der  
150 naturschutzfachliche Leitfaden zum Ausbau der Windenergie fortgeschrieben  
151 werden. Bei Genehmigungsverfahren brauchen die Kommunen mehr Unterstützung und  
152 die Genehmigungsbehörden entsprechend qualifiziertes Personal für eine zügigere  
153 Antragsbearbeitung.

154 Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen  
155 nutzen und Altanlagen systematisch durch neue leistungsfähigere Maschinen  
156 ersetzen (Repowering). Wir überarbeiten das Landesentwicklungsprogramm im  
157 Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz, um den notwendigen  
158 Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich  
159 bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von  
160 Autobahnen und Bahntrassen.

161 Unsere von der Klimakrise gebeutelten Wälder werden ohne den Ausbau der  
162 Erneuerbaren ihre Schutz-, Biodiversitäts-, Wirtschafts- und Erholungs-  
163 Funktionen nicht mehr leisten können. Wir wollen daher die Nutzung der  
164 Windenergie vor allem auf geschädigten Waldflächen in Wirtschaftswäldern  
165 naturverträglich ausbauen.

166 Die Möglichkeit, alte Windkraftanlagen am selben Standort mit neueren  
167 leistungsfähigeren Maschinen (Repowering) mit bestehender Infrastruktur zu  
168 ersetzen, werden wir erleichtern. Allein mit dem Austausch eines Windrades kann  
169 schnell das Dreifache an Leistung erzielt werden. Für dieses Repowering bereits  
170 bestehender und in der Bevölkerung akzeptierter Windenergie-Standorte wollen wir  
171 die starren Abstandsregeln standortgerecht aufheben. Bestehende Windparks sollen  
172 in den bisherigen Grenzen ohne Ausschreibung durch leistungsfähigere Maschinen  
173 ersetzt werden.

174 Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass der Ausbaudeckel für die Windenergie  
175 gestrichen wird. Rheinland-Pfalz muss bei den Ausschreibungsverfahren durch eine  
176 Regionalisierungskomponente faire Chancen bekommen und Windparks ohne  
177 Ausschreibungsverfahren errichten dürfen. Für alle Erneuerbaren Anlagen werden  
178 wir uns dafür einsetzen, dass die Eigen- und Direktstromnutzung der nicht EEG-  
179 geförderten Anlagen von der EEG-Umlage befreit werden.

180 Digitalisierung für die Energiewende nutzen

181 Immer mehr dezentrale Erzeugungsanlagen bedeuten, dass wir die Verteilung und  
182 Steuerung des Stroms neu organisieren müssen. Dazu müssen wir die dezentralen

183 Verteilnetze stärken und intelligente Verteilnetz-Regulations-Instrumente  
184 etablieren, wie im Projekt Smart Country.

185 Um wetterbedingte Schwankungen bei der Erzeugung von erneuerbarem Strom  
186 auszugleichen und das Stromnetz stabil zu halten, setzen wir auf die Entwicklung  
187 von intelligenten Speichern. Damit wird überproduzierter Strom für Zeiten, zu  
188 denen mehr Strom benötigt wird, gespeichert und flexibel eingesetzt werden. Wir  
189 wollen auch die Nutzung von Bioenergie mithilfe digitaler Anwendungen flexibler  
190 gestalten. Wichtig ist uns dabei auch die Unterstützung landwirtschaftlicher  
191 Biogasanlagen und kommunaler Klärschlammaufbereitung, die das wesentlich  
192 schädlichere Klimagas Methan aus Wirtschaftsdüngern beziehungsweise  
193 Faulschlamm auffangen und bedarfsgerecht sowie flexibel zu Strom und Wärme  
194 veredeln. Dafür bedarf es anderer bundesgesetzlicher Regelungen. Smart Grids und  
195 intelligente Stromnetze, müssen gefördert werden, denn damit lassen sich  
196 Erneuerbare Energien umfassend in unsere Energieversorgung integrieren. Zudem  
197 werden wir mit den Netzbetreibern ein integriertes Konzept mit dezentralen  
198 Speichern für Rheinland-Pfalz entwickeln. Smartmeter, Smartoperator, und die  
199 digitale Abstimmung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch aufeinander helfen  
200 dabei, die Stromversorgung zu sichern. Hier werden wir gezielt Forschungs- und  
201 Entwicklungsprojekte unterstützen.

202 Grüner Wasserstoff

203 Grüner Wasserstoff (Power-to-X, PtX = Nutzung von Stromüberschüssen durch die  
204 Umwandlung in andere Energieträger) bietet enorme Möglichkeiten, Treibhausgase  
205 einzusparen und unser Land klimaneutral zu gestalten. Grüner Wasserstoff kann  
206 wesentlich zu Klimaschutz, Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen in unserem Land  
207 beitragen und als Speichermedium die Versorgungssicherheit bei Erneuerbaren  
208 Energien steigern. Wir wollen die technologische Entwicklung fördern und eine  
209 landeseigene Wasserstoffstrategie entwickeln. Alle vorhandenen Möglichkeiten  
210 müssen ausgeschöpft werden, um den Grünen Wasserstoff vor Ort zu erzeugen, im  
211 Sinne der Wertschöpfung wie der Versorgungssicherheit – statt, wie die  
212 Bundesregierung, nur auf Importe zu setzen. So kann zum Beispiel überschüssiger  
213 Strom aus Klärschlammverbrennungsanlagen zu grünem Wasserstoff umgewandelt  
214 werden. Aus dem gewonnenen Sauerstoff kann Ozon für die vierte Reinigungsstufe des  
215 Abwassers beispielsweise zur Entfernung von Medikamentenresten eingesetzt  
216 werden. Grüner Wasserstoff schafft neue Möglichkeiten im Schwerlast- oder  
217 öffentlichen Nahverkehr. Erhebliches Potential sehen wir aber insbesondere, um  
218 industrielle Produktionsprozesse auf den Weg in Richtung Klimaneutralität zu  
219 bringen.

220 Als großer Chemiestandort setzen wir auf die Chancen von PtX in der chemischen  
221 Industrie, um fossile Grundstoffe zu ersetzen. Wir wollen Forschungs- und  
222 Entwicklungsstandort für PtChem und Treiber für eine nachhaltige Chemieindustrie  
223 und für Nutzfahrzeuge werden. Auch brauchen wir Innovation bei der Infrastruktur  
224 in der Wasserstoffgewinnung und bei der Wasserstofflogistik. Dazu müssen wir  
225 nicht nur Landesmittel bereitstellen und Bundesmittel nutzen, sondern auch  
226 gezielt EU-Fördermittel nach Rheinland-Pfalz lenken und  
227 Entwicklungspartnerschaften vorantreiben.

228 Klimaschutz vor Ort

229 Klimaschutz gelingt nur, wenn die Kommunen auch mit anpacken. Vor Ort werden oft  
230 im Kleinen die Weichen gestellt, die in der Summe große Auswirkungen haben. Und

231 Klimaschutz rechnet sich – beispielsweise beim Energiemanagement in Gebäuden,  
232 wenn wir in Turnhallen auf energiesparende LED-Beleuchtung umstellen. Wir werden  
233 die Kommunen auch weiterhin beim Klimaschutz unterstützen.

234 Die Energieagentur berät Kommunen und mittelständische Unternehmen unter  
235 anderem, wenn es darum geht, Klimaschutzkonzepte zu erstellen, Fördermittel zu  
236 beantragen, E-Mobilität zu fördern oder Nahwärmenetze zu errichten. Sie  
237 unterstützt die Kommunen auch bei der Bauleitplanung, z.B. bei der Entwicklung  
238 energetischer Quartierskonzepte oder der Flächennutzungsplanung für Erneuerbare  
239 Energien. Die Energieagentur vernetzt und koordiniert die einzelnen Aktionen,  
240 Aktivitäten und Projekte im Land und hilft den Kommunen bei der Bewertung ihrer  
241 Klimaschutzerfolge. Diese Stärken wollen wir weiter nutzen und die  
242 Energieagentur und ihre acht Regionalbüros ausbauen.

243 Digital basiertes kommunales Energie-Management und energiesparende und  
244 insektenschützende LED werden wir zum Standard machen. Dazu setzen wir die  
245 Förderung für die Kommunen fort. Außerdem wollen wir sie noch stärker darin  
246 unterstützen, eigene CO<sub>2</sub>-Bilanzen und Divestment-Strategien umzusetzen.

247 Gemeinsam setzen wir uns auf Bundesebene für eine weitere hohe Förderung der  
248 kommunalen Klimaschutzmanager\*innen für alle Kommunen ein. Gerade auch  
249 finanzschwachen Kommunen muss es möglich sein, durch Klimaschutzmanager\*innen in  
250 den Verwaltungen aktiv das Klima zu schützen.

251 Im Land werden wir die Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter\*innen für den  
252 Klimaschutz unterstützen. Wir unterstützen beratend die Kommunen bei der  
253 Ausgestaltung ihrer ordnungsrechtlichen Möglichkeiten für mehr Klimaschutz.  
254 Anstatt umwelt- und klimaschädliche mit Gas betriebene Heizpilze bevorzugen wir  
255 klimaneutrale Lösungen, wie beispielsweise das Aufstellen von Zelten im  
256 öffentlichen Raum für die Gastronomie.

257 Eng verbunden mit der Energiewende ist auch die Rekommunalisierung der  
258 öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher unterstützen wir die Netzübernahme durch  
259 neue kommunale Energieversorgungsunternehmen. Dies führt dazu, dass die aus dem  
260 Netzbetrieb erzielten Gewinne in die Kassen der Eigentümerkommune fließen und  
261 regional Arbeitsplätze bei den kommunalen Energieversorgern gesichert werden.  
262 Klimaschutzziele der jeweiligen Kommune können so direkt gesteuert und umgesetzt  
263 werden.

264 Wir sprechen uns gegen neue Erkundungsbohrungen zur Gewinnung von Erdöl in  
265 Rheinland-Pfalz aus. Zum Schutz des Klimas wollen wir Öl und Gas im Boden  
266 lassen. Bundespolitisch werden wir uns für eine Reform des Bergrechts einsetzen,  
267 die den Klimaschutz und die Mitsprachemöglichkeiten vor Ort stärken soll.

268 Das geplante Pumpspeicherkraftwerkes RIO an der Mosel bei Trier ist ein  
269 wichtiges Projekt, um regional erzeugten Strom zu speichern. Gegenüber dem Bund  
270 setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der wirtschaftlichen Bewertung  
271 ein. Wir unterstützen die Verwirklichung dieser Infrastrukturmaßnahme und setzen  
272 uns für die erforderliche Finanzierung auf verschiedenen Ebenen ein.

273 Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass das Land die Kommunen bei Stadtgrün-  
274 Projekten und der Vergabe von Grünpatenschaften fördert, um grüne und blaue  
275 Klima- und Erholungssoasen in den Städten zu schaffen. Alle Kläranlagen mit  
276 genügend Potenzial wollen wir zur Erzeugung von Biogas und Richtung

277 Energieautarkie umrüsten und dezentrale Wasserstoff-Erzeugung und Nutzung  
278 weiterentwickeln.

279 Klimaneutrale Landesverwaltung

280 Unserem Ziel, die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren sind  
281 wir ein großes Stück näher gekommen und werden dies auch konsequent  
282 weiterverfolgen. Um diesen Weg zu unterstützen, wollen wir einen CO2-  
283 Schattenpreis für die Landesverwaltung einführen zugunsten klimafreundlicher  
284 Planungen. Neubauten des Landes wollen wir mindestens als Plusenergiehaus bauen,  
285 bei Sanierungen streben wir diesen Standard wo technisch möglich an. Alle  
286 landeseigenen Gebäude, auf denen dies sinnvoll ist, werden wir mit Photovoltaik  
287 und Solarthermie ausstatten. Für bestehende Gebäude in Besitz des Landes wollen  
288 wir einen Sanierungsfahrplan hin zur Klimaneutralität erstellen.

289 Bei der öffentlichen Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien, im  
290 Bereich der Verkehrswende an Behördenstandorten, aber auch bei der  
291 klimafreundlichen Verpflegung in öffentlichen Kantinen leisten wir auch in der  
292 Landesverwaltung einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz.

293 Investitionen in Erneuerbare Wärme

294 Gerade bei Wohn- und öffentlichen Gebäuden können wir viel für den Klimaschutz  
295 tun. Bei der Wärmewende wird das Potenzial Erneuerbarer Energien deutlich: Sie  
296 machen uns unabhängiger von fossilen Importen und erzeugen Wertschöpfung im  
297 Land. Obwohl in Berlin gebremst wird, sind wir mit der Wärmewende in Rheinland-  
298 Pfalz einen großen Schritt vorangegangen, beispielsweise mit dem Aufbau von  
299 Erneuerbaren Nahwärmenetzen. Das wollen wir fortsetzen und die Verwaltung bei  
300 der praktischen Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung mit einer  
301 EnEV-Durchführungsverordnung unterstützen. Die Möglichkeiten der Nutzung  
302 oberflächennaher Erdwärme bei der Erstellung von Bebauungsplänen stärker  
303 berücksichtigen.

304 Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung erhöhen.  
305 Eine durch das Land finanzierte kommunale Wärme- und Kälteplanung soll die  
306 Potenziale der erneuerbaren Wärmequellen und der Abwärme, beispielsweise aus  
307 Industrieprozessen, aufzeigen. Zudem braucht es Impulse, um die  
308 Wärmebereitstellung auch in bestehenden Gebäuden effizienter und auf Basis  
309 Erneuerbarer Energien zu gestalten. Damit wollen wir den Wohnbereich  
310 klimaneutral machen, der Industrie eine Absatzmöglichkeit für ihre Abwärme  
311 schaffen und Kältesenken, wie zum Beispiel Rechenzentren, mit klimaneutraler  
312 Energie versorgen. Wo es auf Landesebene möglich ist, wollen wir ambitionierte  
313 Maßnahmen im Gebäudebereich umsetzen. Es kann nicht sein, dass es ein  
314 bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz gibt und die Länder nicht  
315 ambitionierter sein dürfen. Es gilt daher, durch eine bundesgesetzliche  
316 Länderöffnungsklausel ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Rheinland-Pfalz  
317 zu ermöglichen.

318 Atomkraft? Nein, danke!

319 Entgegen aller Widerstände haben wir uns konsequent gegen Atomkraft und für die  
320 Abschaltung der gefährlichen grenznahen Pannereaktoren Fessenheim, Cattenom,  
321 Tihange und Doel eingesetzt. Unser Engagement lohnt sich: Fessenheim ist im Jahr  
322 2020 tatsächlich vom Netz genommen worden. Gegen die verbleibenden  
323 Atomkraftwerke werden wir weiterhin mit allen Mitteln kämpfen. Wir setzen uns

324 dafür ein, dass die Bundesregierung mit Frankreich und Belgien bilaterale  
325 Verhandlungen zur Abschaltung der grenznahen Pannenreaktoren aufnimmt. Bei  
326 grenznahen Atomkraftwerken hat die Bevölkerung gemäß einem internationalen  
327 Übereinkommen (Espoo-Konvention) auch jenseits der Grenze ein Mitspracherecht  
328 hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen. Alle Laufzeitverlängerungen müssen  
329 mit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung einhergehen. Wir  
330 werden die Zivilgesellschaft bei anstehenden Verfahren frühzeitig informieren  
331 und organisatorisch unterstützen. Außerdem werden uns auf Bundesebene weiterhin  
332 für einen Exportstopp von Kernbrennstoffen in grenznahe Risikomeiler einsetzen.

333 Nicht zuletzt der Abriss des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich hat gezeigt, dass  
334 sich konsequenter Einsatz gegen Atomkraft lohnt. Denn die Zukunft der Energie  
335 liegt in den Erneuerbaren Energien. Sie sind nicht nur sicherer, sondern auch um  
336 ein Vielfaches billiger als die Atomenergie. Deshalb setzen wir uns weiterhin  
337 für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und konsequent gegen Atomkraft ein.

338 Die Strahlung des Atommülls bleibt nach dem Atomausstieg ein hohes Risiko für  
339 zukünftige Generationen, mit unkalkulierbaren finanziellen Belastungen für  
340 öffentliche Haushalte und Steuerzahler\*innen, die nicht durch die  
341 Atomstromproduzenten übernommen werden. Die bundesweit ergebnisoffene Suche nach  
342 einem Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit muss in einem  
343 wissenschaftsbasierten Verfahren ablaufen, transparent und nachvollziehbar sein.  
344 Sie muss auch sicherstellen, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird und die  
345 Sicherheit aller Menschen im Mittelpunkt steht. Das fordert das  
346 Standortauswahlgesetz und dass es eingehalten wird, erwarten wir auch von  
347 unseren Nachbarländern. Die Standortsuche für ein Atommüllendlager in grenznahen  
348 Regionen in Belgien darf nicht dazu führen, dass man sich bereits informell oder  
349 stillschweigend auf einen Standort festlegt. Von der belgischen Regierung werden  
350 wir transparente Verfahren fordern und erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger  
351 in den betroffenen Nachbarländern beteiligt werden.